

Märker Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Hofleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Weisger Nr. 22 232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Retamellert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Hedra — Bankverein Artern.

Nr 47

Sonnabend, den 18. April 1931.

44. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die Ereignisse auf der Iberischen Halbinsel haben sich geradezu überflüssig. Eine der ältesten Monarchien der Welt hat lautstark über Nacht zu bestehen aufgehört. Wohl war die Stellung des spanischen Königs schon längst schon fast erledigt, aber daß der monarchische Gedanke im spanischen Volke so stark in Wurzeln geraten war, hätte man kaum vermutet. Sind doch die republikanischen Parteien in Spanien selbst von ihrem überwältigenden Sieg bei den Gemeindefestungen überrollt worden. Freunde und Gegner der Monarchie haben sich offenbar über die wahre Stimmung des Volkes ganz gründlich geirrt. Auch im Ausland hat man die Lage in Spanien vielfach falsch beurteilt. Man nahm an, daß die revolutionären Ideen in der Hauptstadt von einer gewissen Schicht von Intellektuellen, Professoren, Dichtern und Studenten vertreten wurden. Auch daß in der Armee einzelne Elemente mit dem Gedanken einer Staatsumwälzung sympathisierten, war nicht unbekannt. Aber aus der raschen Unterdrückung der Meuterei der Artilieriegarrison von Saca und der Stützpunktstellung in Madrid mußte man schließen, daß die Macht noch fest in Händen des Königs lag. Die erste Wahl nach Errichtung der Diktatur, die gewissermaßen eine politische Probe sein sollte, ist jedoch eindeutig gegen das herrschende Regime, gegen die Monarchie ausgefallen.

König Alfons stand vor einer schweren Entscheidung. Es hielten ihm nur zwei Möglichkeiten, entweder der Willen des Volkes zu trotzen und die Monarchie mit Waffengewalt zu verteidigen — das wäre gleichbedeutend mit der Entsetzung des Bürgerkrieges gewesen — oder auf den Thron zu verzichten und das Land zu verlassen. Der König hat sich zum Opfer seines Thrones entschlossen und ist, allerdings ohne seine Abtunung schriftlich niederzulegen, außer Landes gegangen. Er scheidet von seinem Thron, den er fast 30 Jahre innegehabt hat, um ein Leben auf freierem, ehrenvolleren und vornehmerem Gehalt. Mit ihm ist der letzte noch regierende Zweig der Dynastie Bourbon, eines der

Auseinandersetzungen über mißbräuchliche Anwendung der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten durch die unteren preußischen Verwaltungsglieder. Bis weit in die Regierung hinein ist man über die Vorgänge stark befremdet und fordert von der Reichsregierung eine lokale Handhabung der Rotterordnung. Sogar schon hat der Einheitsrat mit seiner Beschwerde bereits erreicht, daß die Beschlagnahme seines Flugblattes wieder rückgängig gemacht worden ist.

Beschlüsse der spanischen Regierung

Madrid, 17. April.
Der erste vollzähligste Ministerrat der neuen Regierung hat beschlossen, mit der Amnestie für politische Gefangene eine weitestgehende Begnadigung für gewöhnliche Straftatungen zu verbinden, das durch Primo de Rivera eingeführte Strafrecht zu annullieren, die Selbstschußformationen im ganzen Lande aufzulösen und die bereits beschlossene Einführung der Sommerzeit wieder rückgängig zu machen.

Weiter hat die Regierung beschlossen, sofort drei Prozesse über die Verantwortlichkeit der Monarchie anzustellen. Bei dem ersten handelt es sich um die katastrophale militärische Niederlage in Melilla im Jahre 1921, die dem Lande über 10 000 Menschenleben gekostet hat. Der zweite Prozeß richtet sich gegen die Handlungen sämtlicher Mitglieder der Diktatur Beranger während ihrer Amtsdauer, der dritte bezweckt die Revision des Kriegesgerichtsurteils über die Revolte von Jaca.

Ferner beschließt sich die Regierung mit der in diesen Tagen außerordentlich anwachsenden Kapitalflucht, die sie zum Teil auf die Kapitulation eines Militärsches der eben zurückgetretenen Regierung zurückführt. Wie man hört, soll es sich hierbei um den Grafen Romanones handeln.

Die Abschiedsrede Alfons.

In Gedanke an der spanisch-französischen Grenze traf spät abends der Wortlaut der Abschiedsrede

Aus Sevilla wird gemeldet, daß dort im Laufe der Nacht Kommunisten die Polizei angegriffen, wobei es zu einer mehrere Stunden dauernden Schießerei kam. Die Kommunisten plünderten Waffenläden und verletzten einen Leberfall auf eine Kaserne, der jedoch von der Truppe abgemieden wurde. Im Verlauf der Schießerei blieben ein Toter und 15 Verwundete auf dem Platz. Auch in Barcelona kam es neuerdings zu Schießereien zwischen den verschiedenen Arbeiterfaktionen, wobei drei Leute getötet und fünf verwundet wurden. In Valencia rebellierten die Gefangenen und entwarfen die Wächter. Da die Gefangenen republikanische Soldaten als Geiseln mit sich führten, mußten die Truppen die Gefangenen ungehindert fliehen lassen.

Die Wehrmacht hat Befehl bekommen, sämtliche monarchischen Embleme abzulösen.

Moskau an das spanische Proletariat.

Moskau, 17. April.
Die kommunistische Internationale erklärt dem ersten Kompartur an das spanische Proletariat. Sie gratuliert zu dem Zusammenbruch der Monarchie und erklärt, der Zusammenbruch sei von dem gesamten Weltproletariat mit Begeisterung aufgenommen worden.

Die Hauptaufgaben des spanischen Klassenkampfes nach dem Zusammenbruch der Monarchie und der Wiederherstellung eines bürgerlichen Regimes seien aber noch nicht erledigt. Die Arbeitermassen Spaniens, die Soldaten und die Matrosen der spanischen Wehrmacht müssen weiter für die Arbeiterdiktatur des Proletariats kämpfen. — Die spanische Sektion der kommunistischen Internationale ruft das spanische Proletariat auf, am 1. Mai in gemeinsamen Kundgebungen den Versuch zu machen, das bürgerliche Regime zu stürzen und eine Arbeiterdiktatur zu errichten.

Strasburgers Rücktrittsgeheiß

Polnische Seite gegen Danzig.
Warschau, 17. April.
Der diplomatische Vertreter Polens in der Freien Stadt Danzig, Minister Strassburger, der kurzzeitig in Warschau

Die Eintragungsfrist fürs Volksbegehren läuft bereits seit dem 8. April

ältesten Vorkriegsgeschlechter Europas, entthront worden. Ob dieses weltgeschichtliche Ereignis gleichzeitig den Anbruch eines neuen Aufstiegs Spaniens darstellt, bleibt abzuwarten. Vorderhand hat die junge Republik mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. In Barcelona hat der durch einen frühzeitigen Aufstand bekannte Herr Macia eine selbständige Republik katalanien ausgerufen, wodurch der spanische Staat in seinem Gefüge nicht unwesentlich erschüttert ist. Es fragt sich jetzt, ob die neuen Machthaber es verstehen werden, die katalanische Republik reibungslos in den großen spanischen Staat einzugliedern. Die zweite Gefahr droht der Madrider Regierung von den kommunistisch-anarchistischen Elementen, die die politische Umwälzung zu ihren Zwecken auszunutzen beabsichtigen. Auf jeden Fall wird nach geraumer Zeit vergehen, bis das Land wieder zur Ruhe kommen wird.

Tragen die Vorgänge in Spanien ausschließlich innenpolitischen Charakter, so scheinen die Unruhen auf Madeira und den Azoren, die auf eine Loslösung der Inseln von Portugal abzielen, mehr weltpolitische Hintergründe zu haben. Beide Inselgruppen sind infolge ihrer Lage im Atlantischen Ozean gegenüber der Straße von Gibraltar von größter verkehr- und politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Sie stellen wertvolle Stützpunkte für die Handels- und Seefahrt von Europa nach Südamerika und neuerdings auch für den transatlantischen Luftverkehr dar. Infolge dessen haben die beiden See- und Kolonialmächte England und Frankreich seit jeher großes Interesse an den Inselgruppen. Vor einem Jahr hatte bekanntlich Frankreich versucht, sich das Monopol für die Benutzung der Inseln als Flugstützpunkt zu sichern. Dieser Versuch scheiterte jedoch an dem Einspruch Englands und den finanziellen Druck der englischen Regierung. Auf jeden Fall wird nach dem geneigt sein, sich mit einer Veränderung der politischen Verhältnisse auf den britischen Inseln abzufinden. Die Entsendung des englischen Kriegsschiffs von Gibraltar nach Madeira sofort nach dem Ausbruch der dortigen Unruhen dürfte weit mehr durch die Absicht einer politischen Demonstration Englands als durch den Schutz der auf Madeira lebenden englischen Staatsangehörigen bestimmt worden sein.

An der Innenpolitik konzentriert sich das Interesse nach wie vor auf das Stahlhelmvolksbegehren für eine vorzeitige Landtagsauflösung in Preußen. Am Zusammenhang damit kam es in der Öffentlichkeit zu lebhaften

Alfons XIII. an sein Volk ein. In ihr heißt es:
„Die Wahlen, die am Sonntag stattgefunden haben, zeigen mir klar, daß ich heute die Liebe meines Volkes verloren habe. Meine Überzeugung sagt mir, daß diese Abneigung nicht unbegründet ist, weil ich alles, was ich tat, im Dienste Spaniens tat. Mein einziges Ziel war das öffentliche Interesse in die am besten fruchtbarsten Einzelheiten. Ein König kann sich Spanien, und schließlich habe auch ich mich mandant geliebt.“

Ich bin König aller Spanier und selber Spanier. Ich hätte verchiedene Mittel anwenden können, um die königlichen Vorrechte zu behalten und meine Gegner wirksam zu schlagen. Aber ich möchte alles vermeiden, was meine Anwesenheit gegenwärtig in einem Bürgerkrieg hegen könnte. Ich verzichte auf alles meiner Rechte, denn ich gehöre nicht allein, sondern sind ein durch die Geschichte zusammengetragenes Depot, und ich werde eines Tages genaue Rechenschaft über ihre Erhaltung abzulegen haben.“

Ich warte darauf, die wahre Auffassung der gesamten Öffentlichkeit kennenzulernen. Bis das Volk beschlohen hat, gebe ich die Ausübung der königlichen Gewalt auf und entferne mich aus Spanien, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß das Volk alleiniger Herrscher über sein Geschick ist.“

Das spanische Königspaar in Frankreich.

Der Kreuzer „Principe Alfonso“, auf dem sich König Alfons eingeschifft hat, ist in Marseille eingetroffen. Die Vertreter der Präfectur und andere hochstehende Persönlichkeiten erwarteten den König, der von dem Herzog von Miranda und seinem Vetter, dem Infanten Alfons von Bourbon, sowie einem Kammerdiener begleitet war. Der König besah sofort ein Auto und begab sich ins Hotel. Die Weiterreise nach Paris erfolgt mittags.

Die Königin ist bereits am Bahnhof von Oran in Paris eingetroffen. Auch sie wurde von zahlreichen Freunden und Angehörigen begrüßt und war Gegenstand einer herzlichen Ovation.

Das königliche Paar hat in einem beliebigen Hotel ein Stöckwerk für sich gemietet. Man weiß noch nicht, wie lange es sich in Paris aufhalten wird, bevor die Weiterreise nach London angetreten wird. Wie verlautet, soll die Königin ihren Kronschmuck, der auf etwa 250 Millionen Franken geschätzt wird, mitgenommen haben.

Unruhen in Spaniens Großstädten.

In der Nacht hat die Menge in Madrid an allen öffentlichen Gebäuden die Wappen der Monarchie heruntergerissen. Teilweise mußte die Hilfspolizei einschreiten. Große Burgen und Klöster schloßen die abgerissenen Kronen unter Abjungen gemeiner Lieber an Striden durch die Straßen.

weit, soll in seinem offenbar demonstrativen Rücktrittsgeheiß unter anderem erklären, er sehe keinerlei Möglichkeiten mehr, die politische Verbesserung auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vor der Willkür nationalsozialistischer Mutwillens zu schützen. Der Rücktritt Strassburgers stehe, wie einige Regierungskreise wissen wollen, vor allen Dingen damit in Zusammenhang, daß die Verhandlungsvorbereitung gegen den Würdigen des polnischen Eisenbahnbeamten Gerbick trotz gegenteiliger Versicherungen des Senatspräsidenten Dr. Jachim von der Staatsanwaltschaft unmöglich gemacht worden sei. Ferner würden auch die letzten Leberfälle auf Polen, trotzdem man von polnischer Seite die Namen der Täter den Danziger Behörden bekanntgeben hätte, nicht gescheit.

In politischen Kreisen vermutet man, daß das Rücktrittsgeheiß Strassburgers demonstrativen Charakter hat und von der Regierung nicht angenommen werden wird. Strassburger wurde vom Außenminister Jozefski und dem Wzungsminister Oberst Beck sowie vom Ministerpräsidenten Oberst Slawet empfangen.

Der Fall Strassburger gibt der halbamtlichen Agentur „Preß“ die willkommenen Gelegenheit zu der Feststellung, daß Danzig Sitz der Anarchie sei, die durch die Umtriebe der nationalsozialistischen Kampfbünde und unter Einwirkung des Senats hervorgerufen werde. Danzig sei die Hochburg des Nationalsozialismus, und die Folge davon seien dauernde Herausforderungen und Gewalttaten gegen Polen, die das ganze Gebiet der Freien Stadt Danzig in einen Zustand höchster Gefahr verjerten.

Zwei Danziger Noten.

Der Danziger Senat veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Die politische Telegraphen-Agentur begründet das Rücktrittsgeheiß des polnischen Vertreters Strassburger mit der Behauptung, daß die polnischen Staatsangehörigen in Danzig ohne ausreichenden Rechtsschutz seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. Jeder politische Staatsangehörige in Danzig genießt denselben Rechtsschutz wie die Danziger Staatsangehörigen. Die wenigen Fälle, die Strassburger dem Senat zur Begründung des angeblich mangelnden Rechtsschutzes der Polen mitgeteilt hat, sind durchgängig Gegenstand einer unparteiischen Untersuchung gewesen. Es handelt sich um geringfügige Vorgänge, in denen eine Bestrafung nicht erfolgt ist, weil nach dem Ergebnis der Untersuchung eine Schuld der Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte. Das Ergebnis der Untersuchung ist in allen Fällen der politischen Regierung und dem Völkerbundesamt ausführlich mitgeteilt worden.

Der einzige schwerwiegende Fall ist der des Eisenbahnarbeiters Gengerki, bei dem der polnische Beamte Strubicki sein Leben eingebüßt hat. Dieser Fall ist Gegenstand einer öffentlichen Verhandlung vor dem Schourgericht in Danzig

gewesen. Der Täter ist von dem Schoungericht wegen Notwehr freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte zwar Revision eingelegt, denn aber die Revision zurückgenommen, weil diese aussichtslos war.

Der Senat hat neben der Note vom 9. April noch eine weitere vom 14. April datierte Note an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Strasburger, gerichtet, in der die Rechtsverhältnisse im Falle Gengert's nochmals ausführlich dargelegt werden.

Beschimpfung des Völkerverbundes.

Im Zusammenhang mit dem demonstrierenden Rücktrittsgesuch des polnischen Generalkonsulars in Danzig, Straszburger, erklärt das maßgebende Regierungsblatt „Gazeta Polska“, man habe es in Danzig, in Wirklichkeit mit dem Widerstreit zu tun, daß der Völkerverbund auf dem Gebiete der freien Stadt Danzig zum Hindernis geworden sei, nicht nur die Privilegien Polens, sondern sogar die (vormaligen) Rechte der polnischen Staatsbürger wahrzunehmen.

Es ist undenkbar, daß auf dem Gebiete irgendeines anderen souveränen Staates den Bürgern des polnischen Staates solche Dinge broten könnten, wie sie ihnen in der freien Stadt Danzig drohen. Die Gleichgültigkeit, die der Völkerverbund den unerhörten Praktiken der Behörden der freien Stadt Danzig den polnischen Staatsbürgern gegenüber bezeugt, verleihe nicht nur die Interessen Polens, sondern in gleichem Maße auch die Autorität des Völkerverbundes. Die übermäßige Geduld Polens, heißt es zum Schluß, sei am Ende. Dieser unerträgliche Zustand könne nicht länger dauern.

Ein diplomatischer Zwischenfall.

Der Nuntius in Kiewen vom Staatspräsidenten nicht empfangen.

Kiewo, 17. April.

Der päpstliche Nuntius in Kiewen, Erzbischof Bartholoni, der gegen den Willen der kiewischen Regierung nach längerer Abwesenheit dieser Tage wieder auf seinen Posten zurückkehrte, ist am Mittwoch vom Staatspräsidenten, dem er u. a. als Gesandten des Papstes die Sammlung der neuen vatikanischen Münzen überreichen wollte, nicht empfangen worden.

Die Abweisung Bartholonis wird damit begründet, daß er durch sein aktives Eingreifen in den Kirchenstreit für die kiewische Regierung persona ingrata geworden sei. Der kiewische Vertreter beim Vatikan wird diesen Umstand dem Kardinal Pacelli zur Kenntnis bringen und auf die Notwendigkeit einer sofortigen Abberufung Bartholonis neu hinweisen. Der Zwischenfall dürfte zweifellos einen vorläufigen Abbruch der Beziehungen zwischen Kiewen und dem Vatikan herbeiführen.

nien seine Truppen aus dem Rißgebiet zurückzieht. In Wirklichkeit, so betont das Blatt, ist dies nur ein Vorwand, um eine neue Rüstungspolitik zu rechtfertigen. Die Gelegenheit kommt den Germanen nun so gelegen, als in neun Monaten die allgemeine Abrüstungskonferenz zusammentrete, die ihnen schon jetzt wie ein Alibi auf dem Magen läge.

Deutsche Tageschau.

Ein Aufruf der Verbände Bayerns zum Volksbegehren.

Das Präsidium der Vereinigten Bayerischen Verbände Bayerns erklärt einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß das Wahlrechtsbegehren jetzt das einzige Mittel ist, bei dem die heute in Preußen Regierenden dem Deutschen Reich aufkommen den Zentralismus zu brechen und das selbständige Staatstehen der deutschen Länder im Rahmen des Deutschen Reiches wieder zur Geltung zu bringen und das dazu beitragen würde, den heiligen Gütern der Religion, der deutschen Sitten und Kultur den Schutz zu verschaffen, den sie zum höchsten Schaden des deutschen Volkes über 12 Jahre hätten einbüßen müssen. Deshalb werden in dem Aufruf die in Preußen wohnenden bayerischen Landsleute aufgefordert, sich am Wahlrechtsbegehren in jeder Weise aktiv zu beteiligen.

Auslands-Rundschau.

Rücktrittsgesuch des österreichischen Sozialministers.

Ueber ein Rücktrittsgesuch des österreichischen Sozialministers Dr. Reich ist noch keine Entscheidung gefallen, weil beschäftigt ist, den Anlaß zu einer umfangreichen Klärung zu benutzen. Im christlich-sozialen Parteirat kam ebenfalls die Ansicht zum Ausdruck, daß man die Lösung nicht überfordern dürfe. Ein Ministerialrat über die Angelegenheit dürfte vor Freitag nicht stattfinden. Für Montag ist eine Öbmannerversammlung der Parteien des Nationalrates einberufen.

Kein griechisch-unterleitetes Patriarchat auf dem Balkan.

Die griechische Presse hat sich gemeldet, der heilige Stuhl beabsichtigt ein griechisch-unterleitetes Patriarchat zu errichten, mit dem Zweck, auf dem Balkan für die unierale Kirche Propaganda zu machen. In vorkatholischen Kreisen wird diese Meldung als grundlos bezeichnet und erklärt, daß dem heiligen Stuhl derartige Vorfälle völlig fernliegen.

Ein Duffischiff „Rot Front“ in Rußland.

Auf sowjetrussische Anregung hin hat der in Moskau bestehende Klub der deutschen kommunistischen Arbeiter in Rußland beschlossen, einen Fonds zu gründen, aus dessen Mitteln im Rahmen der russischen Duffischiffahrt ein Duffischiff „Rot Front“ erbaut werden soll. Die russische kommunistische Partei hat zugesagt, die Propaganda der deutschen Kommunisten zu unterstützen, die in erster Linie in den Kreisen der in Rußland arbeitenden ausländischen Arbeiter betrieben werden soll.

— **Modern tanzen** ist heute hit, und daß wir auf dem Lande in puncto „modern“ keineswegs zurückbleiben, das wird man am Sonntagabend im „Schweizerhaus“ auf Rügenburg erleben. Ein moderner Tanzabend ist angelegt. In die Zeiten hier vorüber, als unsere Väter in Langjähren zum Tanze gingen, den sog. „Hamburget“ im Schweiße ihres Angesichts tanzen und jedesmal, wenn sie den Saal durchgemessen hatten, kräftig mit dem rechten Bein auftraten, daß die Fenster klirrten. — Heute geht nur Er in Lackhäuten, Sie in leibenen Strümpfen, in der Farbe genau abgebeut mit den Schuhen, und es wird nur gewandelt und geschoben beim Tanz, niemand will mehr schwitzen. Auch auf dem Dorfe hebt sich die Kultur — wir haben es geschafft! Und wer da zurückbleibt, wird allmählich, gehärt in die Kumpelkammer. Also auf nach Rügenburg, da bleibt man jung oder man wird verjüngt.

— **Unfall.** Am Freitag kam ein auswärtiger Radfahrer dadurch zu Fall, daß er im schnellen Tempo die Breite Straße herunter fuhr, jedoch am Scheidegässchen Grundstück die Kurve nach der Poststraße nicht herum kam und auf diese Weise mit dem Grundstück Betanntschaft machte. Der Verunglückte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben, konnte aber nach Anlegung eines Verbandes seine Heimreise zu Fuß antreten.

— **Muttertag am 10. Mai.** Der zweite Sonntag im Mai ist wieder als Muttertag gedacht. Auch in diesem Jahre hat der Reichsausschuß für den Deutschen Muttertag, Berlin N. 30, Mohrstraße 22, die vorbereitende Arbeit übernommen und gibt verschiedenes Werbematerial heraus.

— **Sammlung für Müttererholungsfürsorge.** Mithinlich des bevorstehenden Muttertages ist der Evangelischen Frauenhilfe eine Sammlung für die Zwecke der Müttererholungsfürsorge genehmigt worden. Eine Straßenammlung findet am 9. und 10. Mai, in Halle am 17. Mai, statt, eine Sausammlung in der Zeit vom 2.—18. Mai. Betanntschaft hat gerade auch die Schäßburger Frauenhilfe der Müttererholungsfürsorge ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Neben dem Muttertag in Döbmitz bei Neuhaldensleben soll im Juli ein zweites größeres Seim in Wernigerode eröffnet werden, das für 25 Frauen Platz bietet und auch im Winter benutzt werden kann.

— **Zur Ausbildung von Beamtenkinderen** kommt heute in besonderer Weise auch das Potsdamer Große Waisenhaus, das 1724 gegründete frühere Militärwaisenhaus, in Frage. Es werden jetzt nicht nur Waisen, sondern, so weit Platz ist, auch Kinder von lebenden Beamten aufge-

Hast Du Dich schon eingetragen? Wenn nicht, dann aber gleich morgen!

Im Schnellverfahren.

Dr. Sohm als Oberbürgermeister Berlins bestätigt.

Berlin, 16. April.

Das preussische Staatsministerium hat die Wahl der früheren Senatspräsidenten der freien Stadt Danzig, Dr. Jng. und h. c. Heinrich Sohm zum Oberbürgermeister der Stadt Berlin, und die Wahlen des Stadthofmeisters Lange und des Bürgermeisters von den Hagen und Bräutigam Stadtdirektors, Dr. Elsh, zu Bürgermeistern der Stadt Berlin bestätigt.

Ferner hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin die Wahl von Bruno Hise aus Frankfurt am Main zum befehlenden Stadtrat (Stadtkämmerer) und die Wahl der Stadträte Lingweiler, Jurk, Rinscher, Ahrens und Drißmann zu unbedeutenen Stadträten bestätigt. Der Wahl des Stadtvorstandes Frig Bange zum unbedeutenen Stadtrat hat der Oberpräsident die Befestigung verjagt.

Die Zollverhältnisse in Europa.

Berlin, 16. April.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat den Generalsekretär des Völkerverbundes ersucht, auf die Tagesordnung des Studienkomitees eine Aussprache über die Entwicklung der Zollverhältnisse in Europa zu setzen.

Dieses Erludien ist im Einverständnis mit der österreichischen Regierung ergangen und befestigt den Wunsch, der dem paneuropäischen Studienkomitee die Gedankenwege zu erläutern, die zu dem Plan der deutsch-österreichischen Zollunion geführt haben und diesen Plan zu realisieren. Dr. Curtius hatte bereits vor dem Reichstag diese Absicht angekündigt, mit der nicht etwa der englische Antrag auf eine Erörterung der juristischen Seite des Zollabkommens vor dem Völkerverbund durchkreuzt werden soll, sondern die vielmehr dahin geht, eine rein wirtschaftliche Angelegenheit in einem kreis wirtschaftlicher Sachverständiger gründlich zu besprechen und festzustellen, daß die leitenden Gedanken der Vereinbarungen zwischen Berlin und Wien durchaus in der Richtung auf ein wirtschaftliches Panuropa liegen, um dessen Vorbereitung sich das Komitee des Völkerverbundes ja besonders bemühen soll.

Der deutsche Antrag ist ein Schritt weiter auf dem Wege, den die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der österreichischen Regierung zu entschlußfertig und tatkräftig beschritten hat, und ein weiteres Zeugnis gegen die Verdächtigungen, die hinter der deutsch-österreichischen Absprache einen Akt von Geheimdiplomatie oder die Absicht einer Ueberrumpfung suchen wollen. Offene Erörterung dieser Fragen kann nur dazu helfen, die in ihren Gründen sehr durchsichtige Gegnerlichkeit von gewisser Seite zu entfrühen.

„Der Alldruck auf den Magen“.

Neuer Vorwand für französische Zurückhaltung.

Paris, 17. April.

Die „Volante“ geht auf die letzten Bestimmungstermine der rechtschreibenden Pariser Wähler ein, die befristeten, daß die junge spanische Republik sich für die Aufgabe von Marokko einlassen könne, wie dies bekanntlich in einer früheren Entschlußfassung der Republikaner einmal zum Ausdruck kam.

Die dawningische Presse gibt sich in diesem Zusammenhang den Anschein, als ob sie die Sicherheit des französischen Protektorats in Marokko fürchtet, wenn Spa-

Das argentinische Gesamtkabinet zurückgetreten.

Nach Meldungen aus Buenos Aires hat das Gesamtkabinet dem Präsidenten Resignation überreicht. Die Minister des Präsidenten Ribera steht noch aus, man vermutet jedoch, daß er die jetzigen Minister für auswärtige Angelegenheiten, für Krieg und Marine beibehalten möchte. Die Zusammenlegung des neuen Kabinetts dürfte baldigt beannet gegeben werden.

Kleine politische Meldungen.

Graf von Serenchede in Brüssel. Der neue deutsche Gesandte, Graf von Serenchede, ist in Brüssel eingetroffen.

Die Lage auf den Azoren und in Portugal. Der Luftzug auf den Azoren ist noch keineswegs niedergelassen. Ein portugiesisches Schiff soll jetzt Truppenverrästungen aus Angola nach den Azoren bringen. Unter den Studenten in Lissabon zeigt sich starke Unruhe. Die Eisenbahnen sind fast gänzlich zum stillständigen liegen.

Der Fiskalstreik vor Island. Durch ein islandisches Kanoneneboot wurden drei englische Fiskalposten aufgebracht, die in den dortigen Hoheitsgebieten gestiftet hatten.

Verbot aller Kundgebungen am 1. Mai in China. Die chinesische Regierung hat für den 1. Mai alle Kundgebungen in der chinesischen Republik verboten. Die Polizei hat Anweisung erhalten, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen.

Aus der Umgegend

Hebra, 18. April.

— **Ein Appell an die Eltern.** Am kommenden Sonntag, dem 19. April, soll, so Gott will, für die schulentlassene konfirmierte Jugend um 11.15 Uhr vormittags in der Kirche ein Jugendgottesdienst gehalten werden. In der Zeit der Entwicklung und des Heranreifens ist Gottes Wort als Halt und Schutz besonders nötig. Möchte deshalb der Jugendgottesdienst recht zahlreich besucht sein. Der auswärtige Jugendgottesdienst im Hause hat, wird gebeten, die Zeit für den Jugendgottesdienst frei zu geben. Am Dienstag, dem 21. d. Mts., soll der diesjährige Konfirmanden-Unterricht seinen Anfang nehmen. Bei dieser Gelegenheit seien alle Eltern herzlich gebeten, in diesem Jahr, in dem ihre Kinder besonders erste Eindrücke bekommen, mitzuwirken, daß es ein Jahr bleibenden Segens für ihre Kinder werde. Durch das Vorbild und die Leitung der Eltern kann der Konfirmanden-Unterricht erst das erreichen, was es erreichen soll. Besonders sei auf die Wichtigkeit des Gottesdienstbesuches für die Kinder hingewiesen (Sonntag 11.15 Uhr).

— **Stadt-Schiffspiele** Nachdem der für Sonntag angelegte Konflikt aus den bereits im Angeigeit unserer Zeitung bekanntgegebenen Gründen auf Dienstag und Mittwoch nächster Woche verlegt werden mußte, hat sich Herr Borgwardt Mühe gegeben, einen guten Film als Ersatz für Sonntag heranzubekommen, was ihm auch mit dem Bild-Weltfilm „Die Goldmine von Santa Pazel“, sowie dem Filmmusik „Der Liebesfisch“, nach dem gleichnamigen Roman von Hans Land, gelungen ist. Tom Mix, der Held aus dem Wilden Westen, wird sich schnell die Herzen aller Besucher erobern, wenn man seine Taten sieht, die er als Befehlshaber der Goldmine von Santa Pazel, trotz der 1000 ihm unlaugbaren Gefahren vollbringt. Im zweiten Teil kommt in dem Liebesfisch die Liebe voll und ganz zu ihrem Rechte. Lee Barr, eine schöne Unbekannte, findet Gefallen daran, aus den Armen des einen Mannes in diejenigen eines anderen Weibchens zu fallen. Schließlich ist sie auch dieses Spiel überdrüssig und findet ihr Glück an der Seite eines reichen Schiffabrikanten.

nommen, neuerdings nicht nur schulpflichtige, sondern bereits auch Kinder im 5. und 6. Lebensjahre. Vor allem werden die Beamten aller Art auf dem Lande dies freudig begrüßen, denn das Haus besitzt eine eigene gute Anstaltsküche (Mittlere Schule) und vermittelt für degabte Kinder den Uebergang in die vierjährigen höheren Schulen Potsdams. Solche Schüler wohnen in dem der Anstalt angegliederten Schülerheim und können bis zum Abiturientenexamen bleiben. In das Schülerheim werden auch von auswärtig kommende gutgebildete Schüler höherer Lehranstalten aufgenommen. Die Erziehung geschieht durch Lehrer bzw. Lehrerinnen. Die Anstalt gewährt vollständige Befestigung und Bekleidung, für die Kinder der Anstaltsküche auch Unterricht und alle Lehrmittel, hat eigenen Art und eigenes Lazarett. Unterhaltungslokal: Sämtliche Renten- und Waisenbesitzer, mindestens aber 57 RM., für Kinder im vorkulturnfähigen Alter 45 RM. monatlich. Bei Besuch von höheren Schulen ist auch das Schulgeld zu zahlen. Für Kriegswaisen mit entsprechender Erziehungsbefähigung trägt es die Anstalt. Das große Seim mit seinen vielen Bildungsmitgliedern im herrlichen Potsdam kann so gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage den Beamten eine wertvolle Hilfe bieten. Anfragen und Meldungen sind an die Direktoren des Potsdamer Großen Waisenhauses, Potsdam, Waisenstr. 36, zu richten.

— **Eine gute Obsternte in Aussicht.** Aus Obstzüchtereien verläutet, daß der Wäntenloppenanlaß der Obstbäume allenthalben ein sehr guter ist, so daß mit einer reichen Saumbüte und hoffentlich mit einer recht guten Ernte zu rechnen sein dürfte.

— **Bezirksortnererfunde der D.S. im Turn- und Sportverein.** Trotz Regen und mäßigen Wetters hatte sich eine immerwärt große Zahl von Turnern, Sportlern und Turnern eingefunden. Vertreten waren 22 Vereine mit 73 Turnern. 5 Vereine fehlten, nämlich Carlsdorf, Hengendorf, Schöftel, Voigtstedt und Ziegelroda. Neu aufgenommen wurde Hengendorf. Im turnerischen Teil wurden zunächst die allgemeinen Freidübungen des Bezirksturnfest in Ebersleben geturnt. Jedem Verein lagen sie gedruckt mit den dazu gehörigen Anweisungen vor. Ebenso sind in demselben Saal die Geräte- und vollstimmigen Übungen für alle Stufen des Turnens enthalten, die für das Kreisturnfest in Erfurt bestimmt sind. Die Gerätepflicht und vollstimmigen Übungen für Ebersleben sind aufgebaut auf die Allgemeinen Wettkampfbestimmungen der D.S. So, wie sie vom Bezirksturnwart Schindlitz, Artorn, entworfen sind, wurden sie mit wenigen Änderungen angenommen. Etwaige Abänderungen werden im Kreisblatt bekanntgegeben. In der Nachmittagsleistung im Bürgerhaus wurde nochmals alles eingehend durchgesprochen. Dabei wurde besonders darauf hingewiesen, daß die einzelnen Vereine sich bemühen sollten, Turnersiegen zu stellen, um den Nachmittags am Sonntag turnerisch auszugestalten. Die ausgegebenen Meldungen müssen bis 1. Mai an den Bezirksturnwart Schindlitz zurückgeliefert werden. Nachmeldungen bleiben unberücksichtigt. Am 17. Mai findet ein allgemeines Probeturnen der Freidübungen in Artorn mit Orchesterbegleitung statt. Zu diesem Tage müssen auch die Turnern mit erscheinen. Die Freidübungen und Wettspiele sollen gemäß werden. In diesem Jahre feiern die Vereine Schönewald, Hengendorf, Ralschütz und Obdilsleben ihr 25jähriges Bestehen.

— Warnung vor unzuverlässigen Adreßbuchunternehmern. Adreßbuchunternehmungen, die als unzuverlässig bezeichnet werden müssen, haben zur Zeit ihre Werberarbeit für sogenannte Nachfolgerwerke aufgenommen. Es wird deshalb dringend empfohlen, sich mit den zuständigen Stellen, sowie mit der Industrie- und Handelskammer zu Halle, in Verbindung zu setzen, bevor ein Adreßbuchunternehmung, die nicht bereits als einwandfrei bekannt sind, Aufträge für Inserationen usw. gegeben werden.

Kopfleben. In der vergangenen Nacht (16./17. April) ist aus dem Kesselhaus in der hiesigen Dampflokerei ein Angestellter der Firma gehöriges Motorrad (Marke A.S.U.) gestohlen worden. Das Rad hat die Fahrausweise 110721/816327, die Erlernungsausweise lautet: J. M. 74471. Der Bestohlene legt eine Belohnung von 30 RM für denjenigen aus, der ihm durch zweidienliche Angaben zu seinem Eigentum verhilft.

Bottendries. Die Eintragungsliste zum Volksbegehren des Schließens des Freitagadmittags 230 Unterhiesigen auf. Damit ist die Gesamtheit der Eintragungen im Orte zum Freitagabend-Volksbegehren bereits abgeschlossen. — Der gestern Abend abgehaltenen gutbesuchten Monatsversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Vaterländischen Frauenvereins.

Raketenberg. Vor dem Schöffengericht Wgoba fand dieser Tage auf Grund des § 218 ein Prozeß gegen den praktischen Arzt Dr. S. aus Raketenberg statt. Dr. S. wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er war vorher wegen Verübungsgewalt sofort verhaftet worden. Der Verurteilte muß die Strafe sofort antreten. Er wurde dem Gefängnis in Weimar zugeführt. Die in dem Prozeß Mitangeklagten, Mutter und Tochter, ebenfalls aus Raketenberg, erhielten vier Wochen bzw. acht Tage Gefängnis. Die Angelegenheit hat unter der Bevölkerung starke Beunruhigung hervorgerufen, da man weitere Verurteilungen befürchtet. Es soll sich um ein Fall handeln, der ähnlich dem Stuttgarter Fall gelagert ist, wenn er auch nicht die gleichen Ausmaße annimmt.

Weienfels. Nachts schlügen Einbrecher, die in A u t o mifführen, an zwei hiesigen Goldwarenhandlungen die Scheiben ein und nahmen mit, was sie in der Auslage fanden. Sie erbeuteten eine Menge Uhren, Trarings, ferner Röhren- und Manufakturwaren in Silber.

Fels. In einer Partierwohnung in der Kart Marx-Straße ergreift sich eine G a s e x p l o s i o n. Man man in die verschlossene Wohnung eindringen, fand man den jungen Handlungsgehilfen S. mit schweren Brandwunden lebens am Boden liegen. Er hatte sich das Leben genommen.

Neues aus aller Welt.

Kommunisten belagern ein Rittergut. Auf dem Rittergut B o r g a n i e, Kreis Neumark, erschienen etwa 60 bis 70 Kommunisten, größtenteils aus Breslau und Waldenburg, und führten eine regelrechte Belagerung des Rittergutes durch, um die Wiedererrichtung zweier entlassener Dominikarbeitervereine der Arbeitlosen zu erzwingen. Die Bewohner des Dominiums durften das Gebäude nicht verlassen, auch wurden die Telefonleitungen zerschritten, so daß sie vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten waren. Die Polizei in Rantau wurde alarmiert, der es gelang, die Kommunisten zu vertreiben. Im Zusammenstoß fiel es nicht gefolgt, Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

12 000 Mark Reichsbahngelder veruntrent. Der auf dem Leipzig Hauptbahnhof beschlagnahmte gemene Reichsbahn-Affizist Fritz Holzweitz ist mit 12 000 Mark, die er unterlagern hat, flüchtig. Eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung brachte eine Anzahl Kennzeichenscheine zutage.

Zwei Personen beim Paddeln ertrunken. Auf dem Rhein unterhalb der Schnellbahn fenterte ein Kanu. Die beiden Anwesen, zwei junge Männer aus Düsseldorf, ertranken. Die beiden jungen Leute hatten das Kanu aus dem Bootshaus des Düsseldorf Kanoclubs entwendet und damit eine Schwärzerei angetrieben, die ihnen zum Verhängnis wurde.

Feuer auf dem Bahnhof Feine. Von einem rangierenden Güterzug entgleiten auf dem Bahnhof in F e i n e vier Waggons. Drei von Behinderung der Arbeit Anläge entzündete sich und legte auch das Schwellen in Brand. Da die Feuerwehren von Feine und Braunschweig mit Wasser nichts ausrichten konnten, wurde die Feuerwehr Hannover mit Schaumlöscher angefordert. Die Züge von und nach Braunschweig wurden über Hildesheim umgeleitet.

Schneehauer in Schlefien. Dem Bereiche artifizier Kalkumaffen sind in den schlefischen Bergen besonders starke Schneefälle niedergegangen. Sogar in den Winterportalen der schlefischen Gebirge in den Mittelbergen hat sich erneut eine zusammenhängende etwa zehn Zentimeter hohe Schneedecke in O b e r r e i c h t e r h a u und A d d i n s b e r g gebildet. Aus dem westlichen Riesengebirge wieder die Westtrügerbaude bei einer Geländehöhe von 132 Zentimetern 30 Zentimeter Neuschnee, und die Neue Schlefische Baude bei 165 Zentimeter Schneehöhe ebenfalls etwa 30 Zentimeter Neuschnee. Die Sportmöglichkeiten sind die in die Talorte für Ski und Rodelgut, in Höhenlagen über 1000 Metern bei Pulverberge sogar sehr gut.

Neuer Erfolg der deutschen Segelfliegerei. Bei einem Schiffssegelflug gelang es dem Piloten Friedrich von der Seefflugzeug „Scharfberg“ von der Adonischen Fliegergruppe D a r m s t a d t den bisherigen Rekord Kronfelds

Wärmizeugen in niederösterreichischen Provinziallandtag.

Bei der Beratung des Haushaltsplans der Provinz Niederösterreich im Provinziallandtag griff der deutschnationalen Abgeordnete Landrat a. D. v. G o s l e r den Oberpräsidenten Silbermann an und forderte, daß diese „Verpflichtung des Wärmizeugen“ aufhören müßte. Es kam zu heftigen Wärmizeugen, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Nach einer Sitzung des Wärmizeugen stellte der Vorsitzende fest, nach einer Erklärung des Herrn von G o s l e r habe dieser lediglich das System gemeint. Die Abgeordneten der der Reichs- und Staatsregierung vertretenen Parteien könnten aber einen derartigen Unterfchied zwischen Regierung und System nicht anerkennen. Eine Erneuerung habe Herr v. G o s l e r abgelehnt.

Die Abstimmung ergab mit großer Mehrheit den Ausschluß des deutschnationalen Abgeordneten von G o s l e r von der weiteren Sitzung.

Darauf verließen die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Wirtschaftsparteiler zum Protest den Saal. Die Sitzung nahm ihren Fortgang.

Für 200 000 Mark Zoll Hinterzogen.

Hamburg, 17. April. Hier wurden zwei deutsche Kaufleute, außerdem einer ihrer Angestellten und zwei Chauffeure aus Berlin in Zittau als Schmuggler beschuldigt. Der Schaden, der durch Zollhinterziehung entstanden ist, wird auf 200 000 Mark geschätzt. Die Schmuggler haben Summen, auf die hoher Einfuhrzoll liegt, in Säcken mit Seebrot verborghen und so über die Grenze gebracht. Außerdem haben sie frische Schweinezeugen, deren Einfuhr verboten ist, hinterhergeschmuggelt.

Bier neue deutsche Dampfer.

Hamburg, 17. April. In den Generalversammlungen der Sapag-Klub Union in Bremen und Hamburg wurde mitgeteilt, daß die Betriebsgemeinschaft demnächst vier neue Dampfer in Auftrag geben werde.

Anführung portugiesischer Regimenter.

Lissabon, 17. April. Der Kriegsminister veröffentlichte ein Dekret, durch das drei Infanterieregimenter, die in Ponta Delgada, Funchal und Angra do Heroismo in Garnison liegen, aufgelöst werden, ferner zwei Artilleriebatterien in Angra und Funchal und die Küstenbatterie von Ponta Delgada.

Schnellverfahren beim Amtsgericht Nebra a. U.

Am 16. April 1931 wurde der Former Walter Schent aus Großhagen dem Schnellrichter zugeführt. Er ist beschuldigt, am 7. und 8. April bei der Generalfeld Klein

Rennt Du jemanden, der sich noch nicht eingetragen hat, dann veranlasse ihn, schlenmigt dazu!

Stahlfurt. Wie die Nachforschungen der Polizei ergeben haben, gelang es jetzt, die Reihe des bisher unbekanntes Handwerkerschürden, der von dem Verhinderungsmörder Lehner in einem Auto eingeschlagen und bei lebendigem Leibe verbrannt worden ist, zu identifizieren. Es handelt sich um einen S c h n e i d e r g e s e l l e n, der zuletzt bei einem hiesigen Schneider in Stellung gewesen ist. Er besaß seine Angehörigen und hatte sich damals auf Wanderschaft in Bayern befunden.

Bei der Nachforschung spielte ein Koffer eine große Rolle, den der Ermordete bei sich geführt hatte. Der Inhalt des Koffers hat die Vermutung aufkommen lassen, daß es sich um den ermordeten U h r e n m e i s t e r handelt. Dieser U h r e n m e i s t e r gehörte ihm, hat hier eine Schneidermesser in der Schultraße gearbeitet und soll die Arbeit gehabt haben, nach Sierreich oder der Tischschloßwaile auszuwandern.

Weimar. Das Thüringische Ministerium des Innern hat eine Ausfühungsanweisung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zur B e f r a m p f u n g p o l i t i s c h e r A u s g e s t a n g e n an die unterstellten Polizeiverwaltungen ertlassen.

In ihr wird ausgeführt, daß die Verordnung sich nicht gegen die Freiheit der politischen Betätigung in anständiger und sachlicher Form und nicht gegen sachliche Auseinandersetzungen in Weltanschauungsfragen richtet, sondern daß sie lediglich einen Widerspruch politischer Meinungen des Allgemeinwohlens in Erwägung gezogen ist. Es hat eine geandert werden, daß sämtliche anmeldepflichtigen Veranstaltungen, Plakate und Flugblätter ordnungsmäßig freigelegt angemeldet werden.

Magdeburg. Auf eine kleine Anfrage der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag über die Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg hat der preußische Innenminister jetzt geantwortet. Er dementiert die geäußerte Behauptung, daß die Stadt Magdeburg bereits wiederholt von preußischen Staatsbehörden anderen Städten gegenüber nachteilig behandelt worden sei. Diese Behauptung kann auch nicht auf den Umstand gestützt werden, daß es der Staatsregierung, die die Interessen der Gesamtheit zu wahren hat, nicht immer möglich gewesen ist, den kommunalen Wünschen Magdeburgs zu entsprechen. So war die Beteiligung des Stages des Landesparlamentes von Magdeburg unvermeidlich, als mit dem Intraftreten des Reichsgesetzes über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung am 16. Juli 1927 die Grenze des bisher nur die Provinz Sachsen umfassenden Landesarbeitsamtsbezirks um das Gebiet der früheren Landesarbeitsämter Sachsen, Anhalt und Thüringen sowie um Teile von Hessen-Nassau erweitert wurde.

Als Standort der beiden in der Provinz Sachsen errichteten pädagogischen Akademien sind Halle und Erfurt deshalb gewählt worden, weil nach gewissenhafter Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände diese beiden Städte sich als dafür in erster Linie geeignet erwiesen. Wenn ferner darauf hingewiesen wird, daß der Stadt Halle für den als P o l i t i s a r b e i t d o r n a h m e n d e n A u s a u e i n e s H a l l e n b e d e s die Summe von 200 000 Mark bewilligt worden sei, so ist demgegenüber zu bemerken, daß zur Herstellung von Hörsälen und zur Aufschlüsselung von Industrieanlagen in Magdeburg der noch höhere Betrag von 264 000 Mark zur Verfügung gestellt worden ist.

Die umfangreiche Antwort der Regierung teilt auf die konkrete Frage der Deutschen Volkspartei, ob irgendwelche Pläne beständen, gelegentlich der preußischen Verwaltungsreform die Stadt Halle an Stelle Magdeburgs zur Provinzial- oder Landesbahnhauptstadt zu machen, mit, daß solche Pläne nicht beständen.

im Segelflug mit Rüdiger zur Startstelle um das Aterame zu überbieten. Frühs legte nach dem Start auf dem Westabzug, dem höchsten Berg des Odenwaldes, die Bergstraße entlang nach Heidelberg, überflog die Stadt und landete nach längerem Flug auf dem Flugplatz Bretzheim.

Höllennachlese im Bahnhof von Nisch. In der Bahnhofshalle von Nisch fanden Polizisten zwei in einer Banerente versteckte Höllennachlese, die anlässlich gemacht wurden. Am selben Tag noch wurde in einem Zug nach Bulgarien ein Verdächtiger verhaftet, der auch gefasst, mit zwei anderen die Höllennachlese aufgestellt zu haben. U n d r e i f e i e n a m 7. April heimlich von Bulgarien gekommen Die Unterdrückung wird fortgesetzt.

Wegen Beihilfe zur Flucht des Kommunisten Röß verurteilt. Die beiden 19jährigen, der Tamburierter Walter Glab und der Zimmermann Johann Benschardt, wurden zum sächsisch-schlesischen Strafstrafe in R i n g e n t a l wegen Beihilfe zur Flucht zu je 14 Tagen Arrest verurteilt. Beide hatten den Kommunistenführer und Stadtverordneten Mar Röß aus Falkenstein, nachdem er aus dem Bezirksgericht gelassen war, auf der Flucht unterstützt. Die feinerzeit mit Röß zusammen verhaftete Textilfabrikarbeiterin Marie Schmalauer wurde ebenfalls wegen der Tischschloßwaile bestraft, die sich noch in Haft. Sie kam damals bekanntlich von einer Informationsreise aus Moskau und hatte kommunistisches Agitationsmaterial für die Tischschloßwaile bei D u r g e e Gas bei Eißfisch. Die Bevölkerung von D u r g e e bei Eißfisch wurde wiederum durch Gase aus den umliegenden Fabriken in Unruhe versetzt. Mehrere Personen, bei denen Verhaftungsereignisse auftraten, mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Zwei Röß freigesetzt, bei denen die letzte Gasvergiftung als Todesursache festgestellt.

Berlin. Am Preußischen Landtag ist eine kleine Anfrage der Deutschnationalen eingegangen, in der es heißt: „Die D r i s t r a n t e n f a s s e in E r f u r t hat, wie die Presse meldet, 100 000 Mark Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingezogen, aber, obwohl die Beiträge zum Teil bereits aus dem Jahre 1929 stammen, dieselben nicht an die Arbeitslosenversicherung abgeliefert, sondern, wie behauptet wird, zum Bau eines B e r m a l t u n g s s c h l o s s e s mit v e r a u s g a b t. Was fragte: Ist die Staatsregierung bereit, die Angelegenheit eingehend zu prüfen und mitzuteilen.“

Wieweil Gelder schuldet, bzw. schuldet die Dristrantenfasse Erfurt der Arbeitslosenversicherung? Wieweil hat der Neubau der Dristrantenfasse in Erfurt gestiftet? Werden die verantwortlichen Leiter der Dristrantenfasse in Erfurt für die nicht abgeführten 100 000 Mark Arbeitslosenbeiträge dem Strafrichter übergeben werden?“

Aus der Partei ausgeschlossenen.

Berlin, 17. April. Wie die Waflfreileitung Potsdam II der Wirtschaftspartei mitteilt, ist der preußische Landtagsabgeordnete D a n n e n b e r g aus der Wirtschaftspartei ausgeschlossen worden. Das Ausschlußverfahren gegen D a n n e n b e r g ist im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Abg. G o s l e r gegen den Parteiführer D r e w i s eingeleitet worden. D a m a l s wurde D a n n e n b e r g zunächst seines Postens als Generalsekretär der Wirtschaftspartei entlassen.

Der preußische Innenminister untersucht.

Berlin, 17. April. Der preußische Innenminister hat wegen der Vorgänge in der Verammlung der sozialdemokratischen Partei im Rierenhof in Hattungen (Kreis Schwelm) den Ministerialrat Hofmann als Kommissar mit besonderer Befugnis zur Untersuchung nach Hattungen geschickt.

wangen eingeschlagen zu sein. Am 7. April ist er in den umhüllenen Schacht unter dem Dachstuhl, dann durch das Kellerfenster in das Laboratorium gestiegen, um dort nach seinen Angaben D a m p p e zu holen. Er will aber keine gefunden haben. Am 8. April ist Schent mit seinem 12jährigen Bruder in die Werkstatt des Schloßpfeffers eingegangen, hat dort die zwei Treppen hoch befindliche Werkstatt aufgeschloßt, hat dort liegende H o b e l b a n k auseinander genommen und mit seinem Bruder nach unten gebracht. Dabei wurde er von dem Sohnen des Aufsehers Liebertruh überfallen.

Der Angeklagte ist gefänglich. Er wurde heute zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt und zwar wegen schweren Einbruchdiebstahls zu 1 Monat und wegen Diebstahls zu zwei Wochen, diese Strafen zusammengesetzt zu 6 Wochen Gefängnis.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Morgen ist die 1. und 3. Mannschaft auf Reisen, während die 2. Mannschaft in Nebra spielt. Die 1. Mannschaft spielt in Bottendorf gegen T. Bottendorf I. Wenn die Mannschaft auch nicht in voller Besetzung spielt, sollte doch der Sieg knapp für Nebra ausfallen: Die 3. Mannschaft spielt gegen die 2. Mannschaft des T. Bottendorf. Der Ausgang dieses Spieles ist offen, da sich zwei gleichwertige Gegner gegenüberstehen werden. Abfahrt 10.15 Uhr Uhr ab Bahnhof Nebra. Die 2. Mannschaft spielt nachmittags 3 Uhr unter Leitung des Herrn Melchre hier gegen die 2. Mannschaft des „S.C. Eintracht Kösteben“. Kösteben spielt eine Klasse höher als unter 2. Mannschaft und wird sich wohl kaum eine Niederlage von unterer 2. Mannschaft beibringen lassen. Daß die Eintrachtler augenblicklich wieder in ganz großer Form sind, beweist ihr glatter 5:1-Sieg über Dörröblingen (Selme) Tuga-Melchre. Aber auch unterer Zweite wird das Spiel sehr ernst nehmen und sich nicht gleich schlagen lassen, denn der 10:2 Sieg vom vergangenen Sonntag gegen W.C. W a u m b u r g in Raumburg stellt der Mannschaft das beste Zeugnis aus und läßt daraus schließen, daß sich in unterer 2. G r u p p e n befinden. Auf den Ausgang des sehr spannenden Kampfes ist man gespannt und es wird erwartet, daß sich eine Anzahl Sportanhänger einfänden, damit unterer Zweite mit mehr Eifer in das Rennen gehen können. Borden, 13.30 Uhr, trainiert die Damenschachdallmannschaft. Die Jugend- und Schülermannschaft bleiben spielfrei.

Kirchliche Nachrichten

Mitfeierndes Domini, den 19. April 1931.

Sonntagsgottesdienst: Der Herr ist mein Hirte, mit wird nicht mangeln. (Psalm 23, B. 1.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche (Predigt über Johs. 14, B. 1-6)

12 Uhr: Jugenagottesdienst in der Kirche.

12 Uhr: Kinderagottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefaal.

2 Uhr: Kinderagottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal.

Dienstag, den 21. April, vorm. 11 Uhr: Beginn des Konfirmandenunterrichts.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindefaal (Joh. 8, 30 ff.) Freitag, abends 8 Uhr: Jungmännerverein im Gemeindefaal.

Beerdigt wurde am 16. April das Kind Reich Otto Robert John im Alter von 6 Monaten.

Braun über den Kurs in Preußen.

Berlin, 16. April.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete im Sportplatz eine öffentliche Kundgebung. Der preussische Ministerpräsident Braun sprach zu dem Thema: „Was soll aus Preußen werden?“ Er betonte, daß man nicht, wie es vielfach gesehe, von einer sozialistischen, marxistischen Regierung in Preußen oder von einer sozialistischen Mehrheit sprechen könne. Stellten doch die Sozialdemokraten im gegenwärtigen preussischen Kabinett von acht nur drei Mitglieder. Weiter wandte er sich gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokraten Mitwirkende auf der einen Seite und andererseits Unruhepläne hegten.

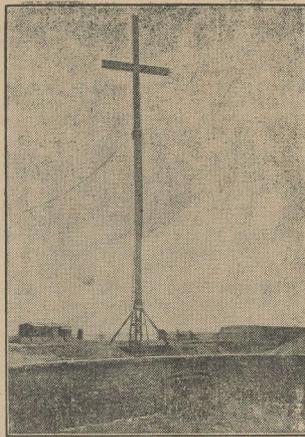
Die stärkste Stütze für die freiheitliche Entwicklung des Reiches sei die nun schon über 12 Jahre währende kontinuierliche republikanische Politik in Preußen. Das Volksbegehren werde sicherlich mit einer Niederlage enden, aber die eigentliche Entscheidung im politischen Kampf werde bei der Wahl zum Preussischen Landtag fallen. Der Ausgang dieses Kampfes werde entscheidend sein für die politische Entwicklung nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich.

Der letzte König von Spanien.

Der letzte König von Spanien, Alfons XIII., wurde am 17. Mai 1886, sechs Monate nach dem Tode seines Vaters, des Königs Alfons XII., geboren und am Tage seiner Geburt zum König ausgerufen. Seine Mutter, Maria Christine, eine geborene Erzogin von Oesterreich, übernahm für das unmündige Kind die Regentschaft. Nach einer strengen Erziehung wurde Alfons am 17. Mai 1902 für volljährig erklärt und übernahm die Regierung. 1906 heiratete der König die Prinzessin Viktoria Eugenie von Battenberg, eine Enkelin der Königin Viktoria von England. Auf den Hochzeitstag des Königspaares fand ein Bombenattentat statt, bei dem 15 Personen getötet wurden. Der König zeigte hierbei, wie auch später bei den zahlreichen auf ihn unter-

nommenen Attentaten, große Unerblichkeit. Der Ehe des Königs entsprossen sechs Kinder, darunter vier Söhne, die jedoch sämtlich körperlich nicht gesund sind. Die innere wie die äußere Politik Spaniens unter Alfons XIII. war hauptsächlich durch seine Marokkopolitik bestimmt. 1912 wurde ein französisch-spanisches Abkommen geschlossen, durch das Marokko zwischen diesen beiden Staaten geteilt wurde. Die Marokkopolitik erregte zeitweise die Unzufriedenheit des Volkes, die verschiedentlich zu schweren Ausschreitungen führte. Die kriegerischen Unternehmungen Spaniens in Marokko dauerten bis 1926, ehe es mit Hilfe der Franzosen gelang, im iberischen Gebiet die Ruhe herzustellen.

Während des Weltkrieges gelang es den spanischen Regierungen, das Land neutral zu halten. König Alfons ließ sich wenig an der Hilfslosigkeit für Gefangene und Kriegsbekindigte. Die entscheidende Handlung Alfons XIII. fiel in das Jahr 1923, als er sich für die Proklamation der Diktatur Primo de Riveras einsetzte. Gegen die Regierung Primos, der völlig selbständig handelte, kam es immer zu neuen Militärrevolten, die aber jedesmal unterdrückt wurden. Auch gelang es Primo, die Meinungsverschiedenheiten mit dem Könige immer wieder auszugleichen. Erst im Jahre 1930 gelang es dem Könige, die Diktatur aufzugeben. Er ernannte dessen großen Feind, den General Berenguer, zu seinem Nachfolger mit der Befehlung, den Parlamentarismus wieder in die Wege zu leiten. Das Kabinett Berenguer wurde von Anfang an als Übergangskabinett angelesen, das von einem Kabinett des bürgerlichen Liberalismus abgelöst werden sollte. Obwohl der Ministerpräsident auftragsgemäß die Wahlen vorbereitete, gelang es den bürgerlichen Führern Romanones und Alencasas, die Regierung zu stützen. Darauf beauftragte der König den Generalkapitän der Flotte, Aznar, mit der Neubildung der Regierung. Dielem gelang es jedoch nicht mehr, das Königtum vor dem Ansturm der Republikaner zu retten.



Das neue Schlägeter-Denkmal in Düsseldorf, das an der Stelle errichtet ist, wo Leo Schlägeter von den Franzosen erschossen wurde. Die Einweihung des 23 Meter hohen Kreuzes findet am 23. Mai statt.

Ist der Kuchen nicht geraten
Und auch mangelhaft der Braten,
Wird es meistens daher kommen,

Daß man nicht dazu genommen,
Was der Kost, wie man sie liebt,
Erst die rechte Feinheit gibt,
nämlich . . .

.. die hervor-
ragende Marga-
rine: „Sanella die
Feine“ preiswert
wie keine.

Sanella

MARGARINE

Die FEINE
PREISWERT
WIE KEINE

35⁸
das 1/2 Pfund



Betr. Beschädigung von Pflanzenbäumen auf der Großwangerer Straße.

Auf der Großwangerer Straße sind in den letzten Wochen mehrere junge Bäume, vermutlich mittels eines Beiles stark beschädigt worden.

Der Magistrat sucht demjenigen, der den bzw. die Täter so namhaft macht, daß eine strafrechtliche Verfolgung der Angelegenheit erfolgen kann, eine Belohnung von 80.— RM. unter Ausschluß des Rechtsweges.

Nebra, den 16. April 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Acker hinter den Weinbergswegen.

Der Zuschlag für die gepachteten Parzellen des Ackers hinter den Weinbergswegen wird den Pächtern erteilt.

Nebra, den 17. April 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 19. April, abends 8¹/₂ Uhr:

Die Goldmine von Santa Paxi.

Wid.-West-Drama.

In der Hauptrolle Tom Wig.

Ferner:

Der Diebestäfig.

Nach dem Roman von Hans Land.

Es ladet freundlichst ein

Borgwardt.

Schweizerhaus

Vitzenburg

Sonntag, den 19. April

Moderner Tanz-Abend

— Langgeld frei —

Es ladet freundlichst ein

Stein.

Wirthmann.

Spare mündelsicher bei der Stadt-Sparkasse Nebra a.



Das Volksbegehren ist Klärung der Front. Stimmhaltung ist Bekenntnis zur marxistischen Front. **Stimmabgabe** ist Bekenntnis zur nationalen Front. Darum trage Dich ein zum Volksbegehren.

Eintragungstermin bis 21. April

Gerösteten Kaffee

Ww. Meitz, Nebra

Die beste Arznei

war für mich das Lesen von Westermanns Monatsheften. Durch die Aufmerksamkeit, die ich durch sie erhielt und durch die wertvollen Anregungen, die mir Westermanns Monatshefte auf literarischem, künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete in reichster Weise gaben, bin ich über alle Erwartungen hinaus bei der Lebens viel leichter hinzugekommen. Ich bedauere nur, Westermanns Monatshefte nicht zehn Jahre früher kennengelernt zu haben. Ungezählte schöne und sonnige Stunden verbrachte ich dieser Zeithefte, so sehr ich ein begeisterter Leser. Stundenlang betrachtete ich die unübertrefflichen Kunstbilder, tagelang wirkten die Aufsätze und Abhandlungen nach.

Gutschein

Vern sendet der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, gegen Einsendung von 30 Pf. ein Westermanns Monatsheft im Werte von RM. 2.—

Name: _____
 Berufs: _____
 Straße: _____

50 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 16. zum 17. April ist aus dem Refektorium der Dampfvolkerei Nebra ein NSU-Motorrad entwendet worden. Das Rad trägt die Fabriknummer 110721/816327, hat eine Antriebskraft von 4,5 PS. — Erkennungsnnummer **IM 74421**. Obige Belohnung erhält derjenige, der mit dem Dieb so namhaft macht, daß Anzeige gegen ihn erstattet werden kann.

NSU-Motorrad entwendet

worden. Das Rad trägt die Fabriknummer 110721/816327, hat eine Antriebskraft von 4,5 PS. — Erkennungsnnummer **IM 74421**. Obige Belohnung erhält derjenige, der mit dem Dieb so namhaft macht, daß Anzeige gegen ihn erstattet werden kann.

Otto Herold.

Sommerprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) bewirkt. Preis **2,75**

In Nebra: Adler-Drogerie W. Guthsmuts
 In Rosslieben: Apotheke H. Ulrich

Edel-Buschrosen

20 Stck. 3.50, 100 Stck. 12.50 Mk., Kleetterosen, 1 Stck. 50 Pf. liefert

Erich Vollbrecht, Rosenkulturen, Treptow a. d. Rega

Neuer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erschint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/26.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: — Bankverein Artern.
Stadtsparkasse Nebra

Nr 47

Sonnabend, den 18. April 1931.

44. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die Ereignisse auf der Iberischen Halbinsel haben sich geradezu überflüssig. Eine der ältesten Monarchien der Welt hat heutigen über Nacht zu bestehen aufgehört. Wohl war die Stellung des spanischen Königs Hauses schon seit langem erschüttert, aber daß der monarchische Gedanke im spanischen Volke so stark in Mißtraut geraten war, hätte man kaum vermutet. Sind doch die republikanischen Parteien in Spanien selbst von ihrem überwältigenden Sieg bei den Gemeinwahlen überläßt worden. Freunde und Gegner der Monarchie haben sich offenbar über die wahre Stimmung des Volkes ganz gründlich geirrt. Auch im Ausland hat man die Lage in Spanien vielfach falsch beurteilt. Man nahm an, daß die revolutionären Ideen in der Hauptstadt von einer gewissen Schicht von Intellektuellen, Professoren, Dichtern und Studenten vertreten wurden. Auch daß in der Arme einzelne Elemente mit dem Gedanken einer Staatsumwälzung sympathisierten, war nicht unbekannt. Aber aus der solchen Unterstützung der Föderation in Madrid wurde man irrtümlich, daß die Macht noch fest in Händen des Königs lag. Die erste Wahl nach Eröffnung der Diktatur, die gewissermaßen eine politische Probe sein sollte, ist jedoch eindeutig gegen das herrschende Regime, gegen die Monarchie ausgefallen.

König Alfons's Hand war einer schweren Entscheidung. Es blieben ihm nur zwei Möglichkeiten, entweder dem Willen des Volkes zu trotzen und die Monarchie mit Waffengewalt zu verteidigen — das wäre gleichbedeutend mit der Entfesselung des Bürgerkrieges gewesen — oder auf den Thron zu verzichten und das Land zu verlassen. Der König hat sich zum Opfer seines Thrones entschlossen und ist, allerdings ohne seine Abdankung schriftlich niederzulegen, außer Landes gegangen. Er schied von seinem König, den er fast 30 Jahre innegehabt hat, aus in einem aufrechten Charakter und vornehmer Gesinnung. Mit ihm ist der letzte noch regierende Zweig der Dynastie Bourbon, eines der

Auseinandergehungen über mißbräuchliche Anwendung der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten durch die unteren preußischen Verwaltungsglieder. Bis weit in die Regierung hinein ist man über die Vorgänge hart befreundet und fordert von der Reichsregierung eine loyalere Handhabung der Notverordnung. Inzwischen hat der Reichspräsident mit seiner Beschwerde bereits erreicht, daß die Befehlsnahme seines Flugblattes wieder rückgängig gemacht worden ist.

Beschlüsse der spanischen Regierung

Madrid, 17. April.

Der erste vollzählige Ministerrat der neuen Regierung hat beschlossen, mit der Amnestie für politische Gefangene eine weitestgehende Begnadigung für gewöhnliche Straftaten zu verbinden, des durch Primo de Rivera eingeführte Strafgesetz zu annullieren, die Selbstmordstrafen in ganzem Lande aufzuheben und die bereits beschlossene Einführung der Sommerzeit wieder rückgängig zu machen.

Weiter hat die Regierung beschlossen, sofort drei Prozesse über die Verantwortlichkeit der Monarchie anzuklagen. Der erste handelt es sich um die katastrophale militärische Niederlage in Melilla im Jahre 1921, die dem Lande über 10 000 Menschenleben gekostet hat. Der zweite Prozeß richtet sich gegen die Handlungen sämtlicher Mitglieder der Diktatur Bewegung während ihrer Amtsdauer, der dritte bezweckt die Revision des Kriegesgerichts urteils über die Revolte von Jaca.

Ferner beschloß die Regierung mit der in diesen Tagen außerordentlich anwachsenden Kapitalflucht, die sie zum Teil auf die Reichsflüge eines Mitgliedes der eben zurückgetretenen Regierung zurückführt. Wie man hört, soll es sich hierbei um den Grafen Romanones handeln.

In Barcelona hat sich die Regierung der katalanischen Republik unter Vorhoh von Macia konstituiert.

Die Abschiedsrede Alfons.

In Abende an der spanisch-französischen Grenze traf spät ebenfalls der Wortlaut der Abschiedsrede

Alfonso's wird gemeldet, daß dort im Laufe der Nacht Kommunikation die Polizei angriffen, wobei es zu einer mehrere Stunden dauernden Schießerei kam. Die Kommunisten plünderten Waffenläden und verjagten einen Leberfall auf eine Kaserne, der jedoch von der Truppe abgewiesen wurde. Im Verlauf der Schießerei blieben ein Toter und 15 Verwundete auf dem Platz. Auch in Barcelona kam es neuerdings zu Schießereien zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen, wobei drei Leute getötet und fünf verwundet wurden. In Valencia rebellierten die Gefangenen und entwohnten die Wächter. Da die Gefangenen republikanische Stadträte als Geiseln mit sich führten, mußten die Truppen die Gefangenen ungehindert freilassen.

Die Wehrmacht hat Befehl bekommen, sämtliche monarchischen Entleerungen abzulegen.

Moskau an das spanische Proletariat.

Moskau, 17. April.

Die kommunistische Internationale erläßt den ersten Kampfauftrag an das spanische Proletariat. Es gratuliert zu dem Zusammenbruch der Monarchie und erklärt, der Zusammenbruch sei von dem gesamten Weltproletariat mit Begeisterung aufgenommen worden.

Die Hauptaufgaben des spanischen Klassenkampfes nach dem Zusammenbruch der Monarchie und der Wiederherstellung eines bürgerlichen Regimes seien aber noch nicht erledigt. Die Arbeitermassen Spaniens, die Soldaten und die Matrosen der spanischen Wehrmacht müßten weiter für die Arbeiterdiktatur des Proletariats kämpfen. — Die spanische Section der kommunistischen Internationale soll das spanische Proletariat auf, am 1. Mai in gemeinsamen Kundgebungen den Versuch zu machen, das bürgerliche Regime zu stürzen und eine Arbeiterdiktatur zu errichten.

Strasburgers Rücktrittsgesuch

Polnische Heße gegen Danzig.

Warschau, 17. April.

Der diplomatische Vertreter Polens in der Freien Stadt Danzig, Minister Strasburger, der zurzeit in Warschau

Die Eintragungsfrist fürs Volksbegehren läuft bereits seit dem 8. April

alten Völkergemeinschaft Europas, entthront worden. Ob dieses weltgeschichtliche Ereignis gleichzeitig den Anbruch eines neuen Aufstieges Spaniens darstellt, bleibt abzuwarten. Vorberhand hat die junge Republik mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. In Barcelona hat der durch einen früheren Bürgerkrieg bekannte Oberst Macia eine selbständige Republik Katalonien ausgerufen, wodurch der spanische Staat in seinem Gefüge nicht unwesentlich erschüttert ist. Er fragt sich jetzt, ob die neuen Wadthaber es verstehen werden, die katalanische Republik reibungslos in den großen spanischen Staat einzugliedern. Die zweite Gefahr droht der Madrider Regierung von den kommunistisch-anarchistischen Elementen, die die politische Umwälzung zu ihren Zwecken auszunutzen beabsichtigen. Auf jeden Fall wird noch geraume Zeit vergehen, bis das Land wieder zur Ruhe kommen wird.

Trugen die Vorgänge in Spanien ausschließlich innenpolitischen Charakter, so scheinen die Unruhen auf Madeira und den Azoren, die auf eine Loslösung der Inseln von Portugal abzielen, mehr weltpolitische Hintergründe zu haben. Beide Inselgruppen sind infolge ihrer Lage im Atlantischen Ozean gegenüber der Straße von Gibraltar von größter handels- und politischer und strategischer Bedeutung. Sie stellen wertvolle Stützpunkte für die Handelsflotte von Europa nach Südamerika und neuerdings auch für den transatlantischen Luftverkehr dar. Infolge dessen haben die beiden See- und Kolonialmächte England und Frankreich seit sehr großer Interesse an den Inselgruppen. Vor einem Jahr hatte bekanntlich Frankreich versucht, sich das Monopol für die Benutzung der Inseln als Flugstützpunkt zu sichern. Dieser Versuch scheiterte jedoch an dem Einspruch Englands und dem internationalen Druck, der englischerseits in dieser Beziehung auf die Vilsbacher Regierung ausgeübt wird. Wenn also eine Macht ein besonderes Interesse an einer Loslösung Madeiras und der Azoren hat, dann ist es Frankreich, und in Frankreich dürften deshalb auch die wahren Hintergründe für die Unruhen auf den Inseln zu suchen sein. Die Wahrscheinlichkeit hierfür besteht um so mehr, als die Kräfte, von denen diese Unruhen ausgehen sollen, den portugiesischen, in Frankreich lebenden Emigrantenkreise angehören. England dürfte jedoch kaum geneigt sein, sich mit einer Verringerung der politischen Verhältnisse auf den strittigen Inseln abzufinden. Die Entscheidung des englischen Kriegsschiffs von Gibraltar nach Madeira sofort nach dem Ausbruch der dortigen Unruhen dürfte weit mehr durch die Absicht einer politischen Demonstration Englands als durch den Schutz der auf Madeira lebenden englischen Staatsangehörigen bestimmt worden sein.

In der Innenpolitik konzentriert sich das Interesse nach wie vor auf das Stahlhelmvolksbegehren für eine vorzeitige Landtagsauflösung in Preußen. Im Zusammenhang damit kam es in der Öffentlichkeit zu lebhaften

Alfons XIII. an sein Volk ein. In ihr heißt es: „Die Wahlen, die am Sonntag stattgefunden haben, zeigen mir klar, daß ich heute die Liebe meines Volkes verloren habe. Meine Ueberzeugung lag mir, daß diese Abneigung nicht erdgänglich ist, weil ich alles, was ich tat, im Dienste Spaniens tat. Mein einziges Ziel war das öffentliche Interesse bis in die am härtesten kritisierten Einzelheiten. Ein König kann sich täuschen, und sicherlich habe auch ich mich manchmal geirrt.“

Ich bin König aller Spanier und selber Spanier. Ich hätte verschiedene Mittel anwenden können, um die königlichen Vorrechte zu behalten und meine Gegner wirksam zu schlagen. Aber ich möchte alles vermeiden, was meine Landesgenossen gegeneinander in einen Bürgerkrieg hegen könnte. Ich verzichte auf meines mörder Rechte, denn sie gehören mir nicht allein, sondern sind ein durch die Geschichte zusammengetragenes Depot, und ich werde eines Tages genaue Redenschaft über ihre Erhaltung abzulegen haben.“

Ich warde darauf, die wahre Auffassung der gesamten Öffentlichkeit kennenzulernen. Bis das Volk gesprochen hat, gebe ich die Ausübung der königlichen Gewalt auf und zum Ausbruch zu über über sein Ge-

Frankreich.

Auf dem sich König ein getroffen. Die lebende Persönlichkeit des Herzogs von Orleans war. Der König's Hotel. Die Wei-

hof von Orlean in auf zutreffen und jeder Gegen-

in Hotel ein Stof- nicht, wie lange es Weiterreise nach soll die Königin Millionen Franken

Städten.

tabrid an allen onarchie herunter- lizei einschreiten. die abgerufen an Striden durch

weit, soll in seinem offenbar demonstrierenden Rücktrittsgesuch unter anderem erklärt haben, er sehe keinerlei Möglichkeiten mehr, die polnische Bevölkerung auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vor der Wiktir nationalsozialistischen Mordwillens zu schützen. Der Rücktritt Strasburgers habe, wie einige Regierungsblätter wissen wollen, vor allen Dingen damit in Zusammenhang, daß die Berufungsverhandlung den Mörder des politischen Eisenbahnbeamten Gerechtigkeit gegenentlicher Verprechungen des Senatspräsidenten Dr. Ziem von der Staatsanwaltschaft unmöglich gemacht worden sei. Ferner würden auch die letzten Leberfälle auf Polen, trotzdem man von polnischer Seite die Namen der Täter den Danziger Behörden bekenntnisgeben hätte, nicht gehindert.

In politischen Kreisen vermutet man, daß das Rücktrittsgesuch Strasburgers demonstrativen Charakter hat und von der Regierung nicht angenommen werden wird. Strasburger wurde vom Außenminister Jozefski und dem Dize-außenminister Oberst Jezowiec sowie vom Ministerpräsidenten Oberst Slawek empfangen.

Der Fall Strasburger gibt der halbamtlichen Agentur „Brest“ die willkommene Gelegenheit zu der Feststellung, daß Danzig Sitz der Anarchie sei, die durch die Untreue der nationalsozialistischen Kampfbünde und unter Einwirkung des Senats hervorgerufen werde. Danzig sei die Hochburg des Nationalsozialismus, und die Folge davon seien dauernde Herausforderungen und Gewalttaten gegen Polen, die das ganze Gebiet der Freien Stadt Danzig in einen Zustand höchster Gefahr verließen.

Zwei Danziger Notizen.

Der Danziger Senat veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt: Die polnische Telegraphen-Agentur begründet das Rücktrittsgesuch des polnischen Berreters Strasburger mit der Behauptung, daß die polnischen Staatsangehörigen in Danzig ohne ausreichenden Rechtsschutz seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. Jeder polnische Staatsangehörige in Danzig genießt denselben Rechtsschutz wie die Danziger Staatsangehörigen. Die wenigen Fälle, die Strasburger dem Senat zur Begründung des angeblich mangelnden Rechtsschutzes der Polen mitgeteilt hat, sind durchweg Gegenstand einer unparteiischen Untersuchung gewesen. Es handelt sich um geringfügige Vorgänge, in denen eine Bestrafung nicht erfolgt ist, weil nach dem Ergebnis der Untersuchung eine Schuld der Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte. Das Ergebnis der Untersuchung ist in allen Fällen der polnischen Regierung und dem Wählerentschluß ausgiebig mitgeteilt worden.

Der einzige schwerwiegende Fall ist der des Eisenbahnarbeiters Gengerki, bei dem der polnische Beamte Stychidki sein Leben eingebüßt hat. Dieser Fall ist Gegenstand einer öffentlichen Verhandlung vor dem Schmutzgericht in Danzig

